



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

49. Sitzung (öffentlich)

2. April 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) 5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4582

Ausschussprotokoll 14/560

Wegen Beratungsbedarfs der Koalitionsfraktionen setzt der Ausschuss auf Vorschlag der CDU-Fraktion den Punkt einvernehmlich von der Tagesordnung ab.

2 Landesregierung benachteiligt arme Kommunen – Nothaushaltsrecht darf sinnvolles Wirtschaften von Kommunen nicht behindern! 5

Antrag
der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/6156

Nach eingehender Debatte nimmt der Ausschuss auf Bitte des Abgeordneten Horst Becker (GRÜNE) eine getrennte Abstimmung vor.

Zunächst werden die **Punkte IV.1 – 2 und IV.4** des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/6156 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Grünen und SPD **abgelehnt**. Ebenso wird **Punkt IV.3** ebenfalls mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Grünen und SPD **abgelehnt**.

Sodann wird der gesamte **Antrag** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Grünen und SPD **abgelehnt**.

3 Nordrhein-Westfalen gegen ausbeuterische Kinderarbeit 12

Antrag
der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5572

Der Ausschuss verständigt sich ohne Aussprache darauf, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

4 „Privat vor Staat“ total im Wald: Ausverkauf auf Kosten von Mensch und Natur 12

Antrag
der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/5574

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

5 Antrag der SPD-Fraktion auf Stellungnahme der Landesregierung zu den chaotischen Zuständen bei der Bearbeitung des Erziehungsgeldes als Folge der Auflösung der Versorgungsverwaltung 13

– Bericht von PStS Manfred Palmen (IM) 13

– Aussprache 14

Nach ausführlicher Aussprache erwartet der Ausschuss in der nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht über die Bearbeitung des Erziehungsgeldes und in etwa einem halben Jahr einen Sachstandsbericht über die Umsetzung der Umstrukturierung der Versorgungsverwaltung.

6 Qualitäten für Kinder und Jugendliche nach der Föderalismusreform sichern! 20

Antrag
der Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3176

Auf Vorschlag der antragstellenden Fraktion verständigt sich der Ausschuss ohne weitere Aussprache darauf, kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

Nächste Sitzung: 23. April 2008 20

* * *